

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juli 2012

Nr. 07 · 8. Jahrgang

Links informiert

3 *Zuhören und respektieren – Gedanken nach dem Parteitag*

Waldstadt/Schlaatz

6–8 *AWAG-Mieter in Not/Kaufhallen/Allianz für Schlaatz*

Forum

9 *Alt und Jung – Risiko oder Chance für die Partei?*

Teures Pflaster bewirkt Verdrängung

Breites Bündnis veranstaltete erfolgreiche Demo für bezahlbare Wohnungen in Potsdam

Mit dem Zuwachs an Einwohnern nimmt auch der Wohnungsmangel in Potsdam zu. Jedes Jahr werden mindestens eintausend neue Wohnungen gebraucht. Aufgrund der hohen Nachfrage steigen die Mieten. Potsdam wird immer mehr zu einem teuren Pflaster, das sich mancher nicht oder nicht mehr leisten kann. Vor diesem Hintergrund fand Anfang Juni eine große Demonstration statt, zu der ein breites Bündnis eingeladen hatte. Etwa 2.600 Menschen nahmen daran teil, um auf die zunehmend schwierigere Wohnungssituation aufmerksam zu machen. Es war eine bunte Teilnehmerschar mit vielen jungen Menschen, jungen Familien, aber auch zahlreichen Älteren, die sich an dem friedlichen und ideenreichen Protest beteiligten. Zwei Demonstrationzüge, einer aus Potsdam-West kommend und einer aus Babelsberg, vereinigten sich am Alten Markt. Die Demonstranten wurden mit interessanten Informationen und lebhaften Meinungsäußerungen über zwei Lautsprecherwagen motiviert. Eine wichtige Station



war das große Wohnhaus der Pro Potsdam am Alten Markt 10, das umrundet wurde, um den Erhalt dieses umstrittenen Gebäudes mit seinen immerhin 182 Wohnungen symbolisch zu unterstützen. Die Abschlussveranstaltung fand auf dem Bassinplatz statt. Dank der guten Vorbereitung und der zahlreichen Teilnehmer ist das Ziel der Demonstration erreicht worden. Sie war ein eindrucksvolles Signal, mit dem die Sensibilität für das Thema Wohnen ge-

steigert wurde. Sicher, es gibt bereits Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung für erschwingliche Mieten in Potsdam. Die müssen aber jetzt ausgefüllt und mit konkreten Maßnahmen untersetzt werden. Im Herbst soll eine Agenda zum Thema bezahlbare Wohnungen vorliegen. Wir werden nicht lockerlassen und mit eigenen Vorschlägen gegen den drohenden Verdrängungsprozess wirken.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Häuser sind auch Heimat

Erlebte Geschichte darf nicht begraben werden/Von Steffen Pfrogner, Architekt

Suchen wir alle nicht Geborgenheit, Heimat? Was meinen manche mit „Ewiggestrigen“? Solche, die an die Zeiten des Barock denken, solche, die die gründerzeitliche Kaiserzeit bevorzugen, oder jene, die die Nachkriegsmoderne präferieren? Besser wäre es, die unterschiedlichen Sichten mit den identitätsstiftenden Bauten zu verbinden. Wir alle ziehen unsere Identität aus unterschiedlichen kulturellen Epochen. Das darf keinem zum Vorwurf gemacht werden.

Die dominant vorgetragene Präferenz für den Kunsthallenstandort an der Stelle des Hotels an der Langen Brücke geht auch einher mit einem Eingriff in die Baugeschichte. Einer offenen Gesellschaft stünde gut zu Gesicht, Stadtentwicklung differenziert zu führen, unterschiedliche kulturelle Epochen zu respektieren und miteinander

zu verbinden. Der Beseitigung baulicher Zeitzeugen haftet immer der Makel des Überheblichen, Respektlosen, der Siegermentalität an.

Zunehmend verschwinden die Zeugnisse der Nachkriegsmoderne in Potsdams Mitte. Dabei trifft es vorrangig nicht Wohnbauten. Vielmehr sind es solche Bauten, die Ausdruck des gemeinschaftlichen Lebens sind, wie Rathäuser, Bahnhöfe, Bauten der Bildung, der Kultur, des Sports oder andere mit einer exponierten Nutzung und Architektur. Menschen identifizieren sich häufig damit.

Mit der fast vollständigen Beseitigung der Zeitzeugen einer Bauepoche wird auch erlebte Geschichte begraben. Identität geht verloren, nicht für alle, sondern für diejenigen, die ihr Leben damit verbunden haben. Ich spreche auch mit anderen Men-

schen, nicht so prominenten, nicht so offen engagierten, täglich um ihre materielle Existenz kämpfenden, eher den stillen Tönen zugeneigten oder resigniert in ihr Inneres zurückgezogenen. Identitätsverlust befördert auch Rückzug aus öffentlichem und demokratischem Engagement, das sollten wir auch als Hilferuf erkennen.

Eine Kunsthalle gehört zweifelsohne in ein Stadtzentrum. Ein neues Gebäude muss jedoch nicht zwangsläufig aus einer Stimmung heraus ein anderes unwiederbringlich verdrängen. Ein neues Gebäude soll lebhaft und kontrovers bewertet werden, es darf jedoch nicht zu Verletzungen bei den Menschen führen. Es sollte alle Menschen miteinnehmen können.

(Der Autor ist Vorsitzender OV Potsdam-Süd DIE LINKE. Potsdam)



Aufbau von Gebäuden muss nicht Abriss von Identität sein

Von Moritz Kirchner, Ortsverbandsvorsitzender DIE LINKE. Potsdamer Mitte

Die Auseinandersetzung um die Kunsthalle hat sich in Potsdam zugespitzt. Nach der Demonstration am 18. Juni, welche maßgeblich von der Rathauskooperation, aber auch den PNN ausging, und zu der sich viele Potsdamer Prominente gesellten, werden nun wohl Fakten geschaffen und das „Mercur“ wird zugunsten der Kunsthalle geschleift. In den Medien wird DIE LINKE als „betonköpfig“ und „ostaligisch“ dargestellt. Dass sie demokratische Prinzipien verteidigt, wird nicht erwähnt. Nun gilt es, hier vieles klar zu rücken, was oft völlig verzerrt wird.

Natürlich begrüßt DIE LINKE die Errichtung einer Kunsthalle. Es freut uns auch, dass Hasso Plattner eine derartige Wertschätzung für DDR-Malerei zeigt. Und wir verstehen auch das Ansinnen, dass die Halle in der Innenstadt stehen soll. Für uns ist jedoch nicht einsichtig, warum es unbedingt an dem Standort sein muss, wo jetzt das „Mercur“ steht. Zwar hat OB Jakobs angekündigt, die Probleme mit der Weißen Flotte zu lösen, eine Beschäftigungsgarantie für

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

die 50 Beschäftigten einzuholen und neue Hotelkapazitäten in der Speicherstadt zu schaffen. Das Problem ist nur: Jakobs hat schon vieles angekündigt und wenig umgesetzt. Wogegen wir uns verwahren, ist die faktische Käuflichkeit zentraler stadtpolitischer Entscheidungen, so sehr wir auch die Großzügigkeit Plattners schätzen. Und doch sagen wir: Dazu muss es eine Entscheidung und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger geben, deren Ergebnis wir natürlich akzeptieren. Und in dieser Befragung sollte es auch die Möglichkeit geben, die Kunsthalle neben das „Mercure“ in den Lustgarten zu bauen. Denn: Nicht immer muss der Aufbau von Gebäuden mit dem Abriss von Identität verbunden sein.

Umfrage zum Bürgerentscheid:
www.dielinke-potsdam.de

Redaktionsschluss...

... für die August-Ausgabe der „PaS“ ist am
Dienstag, 17. Juli 2012.

Die Zeitung ist dann ab dem
31. Juli in der Geschäftsstelle abzuholen.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE.
Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.

REDAKTION: medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, FfH (S. 1), 11 BS (S. 7)

DRUCK: Nordost-Druck GmbH
Neubrandenburg.

Cuba Sí kauft vier Traktoren für seine Milchprojekte

Seit über 20 Jahren hilft die AG Cuba Sí in der Partei DIE LINKE dem sozialistischen Kuba bei der Entwicklung einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion. Elf Projekte konnten in den Jahren schon erfolgreich abgeschlossen werden; vier landwirtschaftliche Projekte in den Provinzen Pinar del Río, Mayabeque, Sancti Spiritus und Guantánamo betreut Cuba Sí derzeit. Für diese Projekte wird Cuba Sí jeweils einen neuen Traktor der Marke Belarus im Gesamtwert von 85 000 Euro kaufen. Diese Erweiterung des Fuhrparks ist notwendig für die Rückgewinnung landwirt-

schaftlicher Nutzflächen und deren Wiederbewirtschaftung. Belarus-Traktoren sind robust und verlässlich, und unsere kubanischen Partner sind mit dieser Technik bestens vertraut. Ersatzteile können in Kuba gekauft werden - sie unterliegen nicht den Blockadegesetzen der USA. Die Traktoren werden jeweils mit einem Scheibenpflug und einem Motorreparaturset geliefert.

Die AG Cuba Sí finanziert ihre Solidaritätsarbeit ausschließlich durch Spenden. Und so bitten wir alle Freunde Kubas, auch dieses neue Vorhaben tatkräftig zu unter-

stützen. Bitte spenden Sie für die Traktoren! Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí, Konto-Nr.: 13222210, Berliner Sparkasse, BLZ: 10050000, VWZ (Bitte immer angeben!): Milch für Kubas Kinder (auch mit Dauerauftrag, Spendenbescheinigung auf Wunsch).

Weitere Informationen zur Arbeit von Cuba Sí finden Sie auf unserer Website

www.cuba-si.org

Kontakt: AG Cuba Sí, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: (030) 24 009-455, -456, E-Mail: berlin@cuba-si.org

Da, wo das Thälmann-Stadion war ...

Ich bin sehr angetan von dem Vorhaben von Prof. Hasso Plattner, die kulturelle Ausstrahlung Potsdams mit einer Kunsthalle weiter aufzuwerten. Der Streit um den Standort ist nachvollziehbar. Mein Vorschlag zur Lösung des Problems ist: Das Hotel „Mercure“ und die Weiße Flotte an dem Standort belassen, wo sie sind. Die Fläche dahinter – wo einst das Ernst-Thälmann-Stadion seinen Platz hatte – dient heute als Grünanlage zur Erholung und einmal im Jahr als Festplatz für das Stadtwerkefest. Hier wäre meiner Meinung nach der ideale Platz für die Kunsthalle.

Was mich an der Diskussion in der Stadt zum Standort der Kunsthalle stört, ist, dass „Mitteschön“ und „Partner“ immer alle von ihren Vorstellungen abweichenden Vorschläge vehem-

ent ablehnen. Als Ur-Potsdamerin (Nowaweserin und Trümmerfrau) bin ich der Meinung, sie sollten auch mehr auf die Meinung der Hiesigen achten und anerkennen, was DDR-Architekten konnten und gestaltet. Ich würde mich freuen, wenn meine Gedanken Eingang finden würden bei der Entscheidungsfindung.

Helga Bornstädt

Was soll diese Bilderstürmerei?

Das Gesicht Potsdams verändert sich zusehends. Die DDR Bauten verschwinden nach und nach aus dem Gesicht der Stadt und somit ein Stück Identität der Bürger, die hier schon ihr Leben lang wohnen.

Neupotsdamer, wie sie sich gerne nennen, behaupten, die Meinung der Potsdamer zu vertreten wie am jüngsten Beispiel am 18.06.2012 bei der „Kund-

gebung“ zur Kunsthalle. Herr Jauch, Herr Joop und andere - sie alle werben für eine Sache. Und sie behaupten, dass ihre Meinung eben die der Mehrheit der Potsdamer sei. Allein das ist eine Zumutung.

Was in Potsdam geschieht, ist der schleichende Ausverkauf der Stadt. Herr Oberbürgermeister Jakobs vertritt doch nicht das Bürgerinteresse sondern nur noch das Interesse der Geldgeber. Die Bürger Potsdams sollte man zum Thema fragen. Die „1000“ Leute der Kundgebung Pro-Kunsthalle vertreten garantiert nicht die Meinung aller Potsdamer. Die „Protestierer“ sind offene Gegner alldessen, was den DDR-Alltag auch ausmachte.

Also: Warum machen die deutschen immer wieder den gleichen Fehler...Bilderstürmerei...meine ich? Alles aus der DDR muss weg. Gerade das wurde der DDR Regierung vorgeworfen, die vieles aus der NS- und Kaiserzeit beseitigen ließ. Bei-

spiel Garnisonskirche, Stadtschloss u.s.w.

Mein Appell: Fragt die Bürger!!!

Am Beispiel „Standort des Schwimmbades“ wird es doch schon klar. Favorisiert von Herrn Jacobs war das Bornstedter Feld. Die Bürger dagegen wollten IHR Schwimmbad an der Stelle, wo alle schnell hinkommen. Und das ist nun mal der Brauhausberg.

Eine Bürgerabstimmung in Sachen Kunsthalle sollte entscheiden und nicht eine Handvoll Leute, von denen auch noch, wie sie selbst sagen, einige „Neupotsdamer“ sind, die sich in ihren Villen verbarrikadieren, um nicht zu dicht mit den „gemeinen Potsdamern“ zusammen zu kommen. Geld regiert die Welt, sagt man. Aber bitte nicht so, wie es zurzeit in Potsdam geschieht. Demokratie heißt schließlich auch Mitbestimmung.

Fred.S., Potsdamer seit 1978 (der Autor ist der Redaktion bekannt)

DIE LINKE trifft ... DKP

Schon zu einer guten Tradition hat sich die Veranstaltungsreihe „DIE LINKE trifft“ entwickelt. Am 14. Juni waren Mitglieder der Potsdamer DKP eingeladen in die Dortustraße 53. Leider waren nur drei LINKE, ein Sympathisant und acht Mitglieder der DKP erschienen. Beide Seiten waren daran interessiert, Verbindendes heraus zu arbeiten. Alex Frehse (r., DIE LINKE) sprach sich für mehr gemeinsame Aktionen aus. Thomas Gatz und Peter Ludwig (l. beide DKP) meinten: „Uns eint mehr – als wir denken.“ Horst Jäkel (DIE LINKE) hob hervor, dass solche Aktionen wie der jährliche Ostermarsch und die Montagsdemos schon gute Beispiele dafür seien. Alle waren sich einig: Der Dialog soll fortgesetzt werden.



Radikal im Denken – realistisch im Handeln

Gedanken nach dem Parteitag/Von Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Landtag

Mit Erleichterung und vielen Fragen führen wir aus Göttingen ab. Wie kam es zu dem Hass in den eigenen Reihen? Zum Glück hat er nicht obsiegt. Es hilft nichts, wir müssen uns auch weiter mit der Frage beschäftigen: Wie konnte es soweit kommen, und das, obwohl die praktische politische Arbeit auf dem Tisch liegt. Viele Fragen sind noch nicht beantwortet – aber dass sie gestellt wurden, hat uns vorangebracht.

Göttingen – das könnte ein Wendepunkt im innerparteilichen Klima, in der innerparteilichen Kultur gewesen sein. Nicht alles ist anders als vorher – aber das Bessere ist jetzt stärker, ist jetzt erkennbar für viele die Zielmarke. Einander zuhören, andere respektieren – das rückt in den Vordergrund.

Die neu gewählte Parteiführung drängt voran. In kurzer Zeit hat sie ein 120-Tage-Programm vorgelegt, mit dem einerseits die Parteiarbeit selbst neu gestaltet wird und mit dem andererseits endlich wieder wichtige politische, auf das Soziale zielende Akzente gesetzt werden. Unsere Partei, die sich immer auch stark der Zukunft verpflichtet sah, findet endlich Anschluss an die Kommunikationsformen und -herausforderungen der Gegenwart und die Bedrängnisse und Interessen der Menschen heute.

Wir haben erlebt, wie Schwierigkeiten an der Spitze eine ganze Partei blockieren und auf die schiefe Ebene bringen können. Jetzt erleben wir, wie eine politische Spitze der Partei Bewegung nach vorn ermöglichen kann. Und ohne uns wird es nicht gehen.

Diese neue Spitze ist hoffentlich nicht mehr vordergründig durch den innerparteilichen Lager-Proporz bestimmt. Der Pluralismus unserer Partei spiegelt sich zwar wider, aber produktiv – also nicht mehr in dem Sinne, dass die Vertreter der einen Gruppierung die der anderen kontrollieren

und an vermeintlich unliebsamen Handlungen hindern.

Die wohl berechtigte Hoffnung auf einen Neuaufbruch unserer Partei entspringt aber auch der Tatsache, dass wir in einen wirklichen Generationswechsel eingestiegen sind. Unsere Parteivorsitzende ist Mitte 30; von insgesamt 44 Mitgliedern des Parteivorstandes sind 16 bis 40 Jahre alt, vier weitere nur knapp darüber. Unter diesen Jüngeren sind viele, die bereits solide politische Erfahrung in herausgehobenen Wahlämtern, als Abgeordnete oder in sozialen Bewegungen gesammelt haben.

Und natürlich ist der Vorstand ordentlich quotiert. Die Gründe allerdings, die Katharina Schwabedissen zum Verzicht auf ihre Kandidatur für den Parteivorsitz bewegt haben,

machen leider deutlich, dass politisches Taktieren einer starken politischen Frau im Wege stand. Dennoch: Mit Katja Kipping steht nun eine solche Frau mit authentischem politischem Profil mit an der Spitze der Partei. Das macht Hoffnung.

Wie geht es nun weiter?

Dass wir uns jetzt besser fühlen in unserer Partei, dass wir mehr Möglichkeiten zum Mitmachen haben – das ist eine Voraussetzung dafür, dass DIE LINKE wieder eine starke Rolle in Politik und Gesellschaft spielen kann. Mehr nicht. Jetzt kommt es auf uns alle an. „Mit dem Gesicht zum Volke“ – das war die Lektion, die die Älteren vor allem im Osten seit Ende der 80er Jahre lernen mussten und gelernt haben. Jetzt ist zu recht viel von der Kunst des Zuhörens und

dem Prinzip der offenen Debatte die Rede – beides darf und wird sich sicher nicht nur auf den Umgang innerhalb unserer Partei erstrecken, sondern auch auf unser Verhältnis zu Wählerinnen und Wählern, zu den Menschen in diesem Lande generell. Und notwendigerweise auch auf unsere Beziehung zu potenziellen politischen Partnern.

Am Beginn der LINKEN stand auch die nach Erfolgen und Niederlagen z. B. der PDS gewonnene Erkenntnis, dass gute linke Politik auf einem „strategischen Dreieck“ gründen muss – auf einem Dreieck mit den Eckpunkten gestaltender Politik heute, Widerstand gegen aktuelle soziale Fehlentwicklungen und Alternativen, die über die heutigen Verhältnisse hinaus weisen. Sebastian Walter aus Brandenburg hat dies in Göttingen so ins Heute übersetzt: Radikal im Denken, realistisch im Handeln.

Auf Beides wird es ankommen. Für uns alle. Wir haben nicht die Wahl – entweder radikal denken oder realistisch Handeln. Nein, nicht „oder“ – auf das „und“ kommt es an!

Fest steht: Widersprüche und Zweifel werden uns bleiben, immer wieder verstärkt in einer Medienlandschaft, die diese LINKE und die eine rot-rote Koalition nicht will und alles tut, sie zu schwächen. Genauso, wie es feststeht, dass Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Akzeptanz für sozial gerechte Politik und die demokratische LINKE nur in der Praxis erworben werden können.

Katja Kipping und Bernd Riexinger haben dafür eine gute Grundlage gegeben – mit ihrer gemeinsamen Orientierung auf DIE LINKE als Schutzfaktor gegen Prekarisierung und Stress am Arbeitsplatz, auf die Auseinandersetzung mit dem Fiskalpakt als einer Zwangsjacke für die Demokratie und einer Bremse für Investitionen sowie mit einer Offensive für das Öffentliche.



In der Vielfalt liegt die Kraft

Ich sehe für mich nach diesem Parteitag vor allem eine Aufgabe: meine Arbeit als Ministerin in der derzeit einzigen rot-roten Landesregierung gut zu machen. Das klingt vielleicht banal, aber es ist es nicht. Ich bin Ministerin und Parlamentarierin, und genau das ist mein Wirkungsfeld. Andere haben andere Wirkungsfelder und müssen dort gut sein. In der Vielfalt liegt die Kraft. Das war auch schon bei früheren Parteitagen immer meine Überzeugung: Entscheidend ist, was ich für mich selbst für Schlussfolgerungen ziehe und welche Veränderungen ich in meiner eigenen Arbeit vornehme – und nicht, was ich für Forderungen an andere habe. Gar nichts halte ich von der bei uns leider sehr weit verbreiteten Methode zu glauben, es werde schon alles gut werden, wenn nur die anderen alle endlich so sind, wie ich selber schon lange bin. Unter diesem Motto schlagen die Strömungen nur allzu gern aufeinander ein – obwohl doch völlig klar auf der Hand liegt, dass so etwas stracks in die Niederlage führt.

Der Parteitag, so kompliziert er auch war, ermutigt mich in meinem Tun. So, wie mich auch der Programmparteitag in Erfurt schon ermutigt hat. Unsere Regierungsbeteiligung in Brandenburg ist ein wichtiger Beweis für die Ernsthaftigkeit des gesellschaftlichen Anspruchs unserer Partei. Wir stellen uns der Kritik aus der Partei und erwarten natürlich auch Unterstützung durch die Parteispitze. Das erste Gespräch mit Genossen Riexinger bei uns in der Landtagsfraktion stimmt mich da schon sehr zuversichtlich.

Dabei weiß ich sehr wohl, dass Regieren nicht alles ist. Natürlich nicht. Umfassend wirksame gesellschaftliche Kraft kann die Partei nur sein im Wechselspiel von Regierungs-, parlamentarischem und außerparlamentarischem Handeln und klugen politischen Projekten wie z.B. der Genossenschaftsbildung FAIRwohnen.

Anita Tack,
Delegierte des Bundesparteitages

Ist DIE LINKE noch zu retten?

Ich gebe zu, dass ich daran in den Tagen nach dem Göttinger Parteitag nicht geglaubt habe. Zu tief saß der Frust und die Enttäuschung über die Geschehnisse auf dem Parteitag. Dabei geht es nicht darum, ein, wenn auch knappes, Wahlergebnis zu akzeptieren. Es geht darum, wie die Stimmung während dieser Tage war. Schon am Freitagabend war die Spannung spürbar. Dies setzte sich am Samstag bis zum großen Finale weit nach Mitternacht fort. Die unterschiedlichen Positionen wurden bei den Diskussionen im Saal und außerhalb deutlich. Im Laufe des Samstages verschärfte sich die Situation, und aus hitzigen Diskussionen wurden teilweise böartige Anschuldigungen und Unterstellungen. Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse für den Bundesvorsitz war ich sehr enttäuscht, da m.E. Dietmar Bartsch in seiner Vorstellung ein klares Konzept vorgelegt hat, wie unsere Partei aus der Krise zu führen ist. Vom Genossen Riexinger habe ich nur Allgemeinplätze vernommen. Es gibt jedoch Hoffnung, weil ich in Göttingen eine Genossin aus dem Saarland kennengelernt habe, die ohne Vorurteile zugehört hat und wir beide jetzt unser Nicht-Wissen vom anderen abbauen. Ich denke, dies kann auch auf Parteiebene funktionieren, wenn es wirklich alle wollen.

Andrea Grunert
Delegierte des Bundesparteitages

Der erste 1848er Hauch in Nowawes

Juli 1847

Woher mochten die Nowaweser Weber den Mut genommen haben, sich an die kurmärkische Regierung in Potsdam mit Forderungen um die Besserung ihrer Lebenssituation zu wenden? War es die Ausweglosigkeit, in der sie sich sahen? Schöpften sie Mut aus den sozialen Spannungen, die sich immer deutlicher am Horizont abzeichneten?

Freilich, das Schreiben vom 04. Juli 1847 der Weber, die mit dem aus den Notstandarbeiten ge-

wonnenen Lohn nicht mehr existieren konnten, war devot abgefasst, doch in den Schilderungen anklagend und fordernd.

So baten die Weber zwar mit „...tief gebeugten Knien...“, um „...eine Zulage zu unserm Lohn...“ doch fügten sie – beinahe auf-rührerisch – im 1848er Geist hinzu „...und Höchstdieselben werden doch Gefühl haben, unserer armen Kinder doch zu erbarmen [...] was sie für Hungersnot ausstehen müssen.“

Und dann folgte die Schilderung des Elends in aller Anschaulichkeit: „Den ganzen Tag wird nichts gekocht, da alles hoch im Preise steht. So müssen wir aus lauter Sättigkeit ist, und das bisgen Coffé dazu leben.“

Weiter bekannten sie, „...gern besser arbeiten [zu wollen], wenn wir uns ordentlich bei unserer Arbeit satt essen können...“ Und dazu sei ein täglicher Akkordlohn von 15 Silbergroschen

nötig, schrieben die Weber. „Dann“, so müpften die Weber auf, „wollen wir recht fleißig arbeiten...“

Konsequenzen der kurmärkischen Regierung zugunsten der Nowaweser Weber sind nicht bekannt. Doch bleibt ein erstes Auf-flackern des Geistes von 1848, geboren aus tiefer sozialer Not. Und nicht zu vergessen: An den revolutionären Kämpfen 1848/49 waren auch Nowaweser beteiligt.

Gemeinsamkeit zu spät begonnen

Juli 1932

Lange 14 Jahre dauerte es, bis die Kommunisten und Sozialdemokraten in Nowawes - dem heutigen Potsdamer Stadtteil Babelsberg - versuchten, gemeinsames politisches Handeln zu organisieren. Dabei hatten beide bereits am 19. November 1931 - während

der Beisetzung des ermordeten Jungkommunisten Herbert Ritter - die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen gegen den Faschismus erkannt und beschworen. Doch erst am 01. Juli 1932 fand die erste gemeinsame Mitgliederversammlung beider Ortsorganisationen

statt. Der immer stärker werdende Druck der Nationalsozialisten drängte bei beiden zur Aktion, die bereits gewonnene Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Spät wurde versucht, das politisch Notwendige in gemeinsame Aktion umzusetzen - sechs Monate später

schon wurde der Nazipartei in Person eines Adolf Hitler die Macht in Deutschland durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zugeschoben.

Kleines Moskauer Festival in Potsdam

Juli 1957

Vom 28. Juli - 11. August 1957 traf sich die Jugend der Welt in Moskau zu den VI. Weltfestspielen der Jugend und Studenten. Sie zählten 34.000 Teilnehmer aus 131 Ländern unter dem Motto „Für Frieden und Freundschaft“. Der offiziellen Delegation der DDR gehörten 1.500 Mitglieder an. Dazu kamen weitere 1.500 FDJ-Mitglieder als Gäste.

Im Vorfeld hatte es auch in Pots-

dam vielfache Initiativen und Aktionen gegeben, die FDJ-ler und Jugendlichen für das Motto der Weltfestspiele zu begeistern. Doch längst nicht alle, die sich zur Teilnahme an den Weltfestspielen gemeldet hatten, konnten eine Fahrkarte nach Moskau bekommen. Damit ein wenig Moskauer Flair auch in Potsdam zu spüren sei, wurde vom 31. Juli - 11. August 1957 im Park Babelsberg für die

Potsdamer ein „Kleines Festival“ organisiert.

Ein Höhepunkt war zweifellos am 31. Juli die südafrikanische Nacht. Nicht minder dürfte am 04. August der „Tag der jungen Mädchen“ gefallen haben. Desgleichen wohl auch der abschließende Manöverball aus Anlass des 5. Jahrestages der Gründung der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) am 11. August.

Die Vorbereitungen auf das „Große Festival in Moskau“ und das „Kleine Festival in Potsdam“ hatten sich – wie bei den bereits vorangegangenen Weltfestspielen – als Höhepunkte in der Jugendarbeit entwickelt. Zahlreiche Jugendliche hatten den Weg zu einer aktiven Mitarbeit in der FDJ gefunden.

-rt

Rock für den Frieden

Juli 1982



Dass die DDR ein friedliebender Staat war, wird kaum jemand in Zweifel ziehen wollen. Das wurde immer wieder und mit vielfältigen Mitteln betont und unterstrichen - mit besonderer Intensität wohl unter und mit der Jugend. Zu diesem breit gefächerten Instrumentarium gehört auch der zu Beginn der 80er Jahre initiierte „Rock für den Frie-



den“. Der ging auch an Potsdam nicht vorbei. Am 10. Juli 1982 gab es ihn erstmalig auf der Freundschaftsinsel. Begeistert waren da nicht nur Jugendliche bei den Auftritten der „Hansi-Biebl-Band“ (Foto), der „Orion“ und der „Galaxo-Band“, seinerzeit unüberhörbar Vertreter guten DDR-Rocks.

„Man muss die Betroffenen anhören“

„Es ist gut, dass so viele gekommen sind“, sagte gleich zu Beginn der Diskussion Gabriele Ritter von der „BI „Staudenhof“ zum „Rathausreport Live“ im Staudenhof Café in Potsdams Mitte. „Nur gemeinsam können wir 'was erreichen.“ Dem stimmten LINKE-Fraktionschef Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und die SVV-Abgeordneten der LINKEN Dr. Sigrud Müller und Ralf Jäkel zu. Weiter war der Stadtverordnete Dr. Klaus-Uwe Gunold vor Ort.

Wie üblich informierte Dr. Scharfenberg über die vergangene SVV-Sitzung und die Inhalte, die dort beraten wurden. Und er kündigte für den zweiten Teil den Baubeigeordneten Matthias Klipp als Gast an. Mit ihm stand dann das Baugeschehen in der Innenstadt auf dem Tapet. Zum Staudenhof informierte Klipp gleich zu Beginn über den Stand. Die Gremien sollten sich bei allen Baumaßnahmen und -planungen immer an das Prinzip der behutsamen

Stadterneuerung halten, betonte Klipp. „Man muss vor allem die Betroffenen anhören“, erklärte er. Für sein Umdenken in Sachen Staudenhof bekam er u. a. Beifall.

Nicht auf einen Nenner kamen die Teilnehmer des Frühschoppens und der Baubeigeordnete bei der weiteren Diskussion um die Zukunft des Hotels „Mercure“ im Zusammenhang mit dem geplanten Bau einer Kunsthalle. Und die Meinungen der anwesenden Bürger? „Wir sollten nicht so egoistisch sein, nur unsere Interessen durchzusetzen“, erklärte Gabriele Ritter. Man solle auch an die nächste Generation denken – und der wäre mit einer Kunsthalle im Lustgarten vielleicht mehr gedient als mit einem Hotel. Dem gegenüber unterstrich Dr. Rudolph Drohla: „Der Abriss des ‚Mercure‘ ist der Abriss eines Teiles meiner Heimat!“ -bm



Streit um die Kunsthalle

Das großzügige Angebot von Hasso Plattner, in Potsdam eine Kunsthalle zu errichten und zu unterhalten, schließt eine lange benannte Lücke im reichhaltigen kulturellen Spektrum der Stadt. Wie geht die Stadt der Toleranz, die Bürgerkommune Potsdam, damit um?

Herr Plattner bat den Oberbürgermeister um Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück im Stadtzentrum, war also nicht auf einen bestimmten Ort festgelegt. Die von ihm ursprünglich geäußerte Vorstellung, auf dem Grundriss des Fachhochschulgebäudes bauen zu können, wurde ihm vom Oberbürgermeister ausgedrückt. Stattdessen warb Herr Jakobs für den Standort des „Mercure“, um die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, das umstrittene Gebäude loszuwerden. Damit sollten sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Man kann es aber auch so sehen, dass die Kunsthalle Mittel zum Zweck werden sollte. Das war ein enormes Risiko, denn Herr Plattner hat, entgegen mancher Klischees, einen hohen Maßstab an sein Projekt angelegt. Er möchte nicht nur eine Mehrheitsentscheidung, sondern eine übergreifende Akzeptanz für die Kunsthalle. Es war von vornherein absehbar, dass es erhebliche Probleme mit diesem Standort und sehr unterschiedliche Sichtweisen gibt. Von vornherein war klar, dass die Fraktionen der Rathauskooperation den Standort „Mercure“ favorisierten. DIE

LINKE sah dagegen die Möglichkeit, einen anderen geeigneten Standort im historischen Stadtzentrum zu finden. Die vom Oberbürgermeister vorgelegte Variantenprüfung weist das „Mercure“ und den Blücherplatz als geeignete Grundstücke aus. Allerdings sind die Probleme beim „Mercure“ klein geredet und beim Blücherplatz aufgeblasen worden. Es hieß, dass Herr Plattner zwar den Lustgarten bevorzuge, sich aber auch den Blücherplatz vorstellen könnte. Der Versuch, die bei einer Fixierung auf das „Mercure“ absehbare Auseinandersetzung durch eine für Herrn Plattner vorgetäuschte Harmonie zu vermeiden, war zum Scheitern verurteilt. Jetzt hat sich Herr Plattner entschieden. Er will seine Kunsthalle in Potsdam bauen, aber nicht mit einer umstrittenen Abrissentscheidung verbinden. Entgegen dem vom Oberbürgermeister verbreiteten Optimismus ist das Problem des dauerhaften Verbleibs der Weißen Flotte eben nicht geklärt. Es gibt ein Interesse, mit Blackstone über den weiteren Verbleib des Hotels zu verhandeln und die etwa 50 Arbeitsplätze am Ort zu erhalten. Herr Plattner ist sicher nicht entgangen, dass seine Kunsthalle instrumentalisiert werden und er mit dem Kaufpreis und den Abrisskosten für das Hotelgebäude einen üppigen Eintritt für den Standort zahlen sollte. Zugleich ist es eben eine Tatsache, dass das Hotel für viele Potsdamer zu einer selbstverständlichen Do-

minante im Stadtbild geworden ist. Dabei handelt es sich weniger um eine fachlich geprägte Architekturdiskussion, aber sehr wohl um die viele berührende Frage, wie mit DDR-Architektur umgegangen wird. All diese Probleme gibt es am Blücherplatz hinter dem Alten Rathaus nicht, denn dort ist ein unbebautes Grundstück, das der Stadt gehört. Sicher sind Anwohnerproteste nicht auszuschließen. Aber bisher gibt es sie nicht. Das Planungsrecht kann von der Stadt zügig geschaffen werden. Mit der offensichtlich aus dem Rathaus initiierten Bewegung für den Abriss des „Mercure“ wird Herr Plattner faktisch unter Druck gesetzt, sich mit einer Mehrheitsentscheidung der Stadtverordneten zu begnügen. Dass diese Mehrheit völlig an der Meinung der Bevölkerung vorbei gehen kann, hat das eindeutige Votum für den Badneubau am Brauhausberg gezeigt. Mir stellt sich allerdings auch die Frage, warum der von Herrn Plattner geplante Standort am Jungfersee nicht geeignet sein soll, nachdem die Werbung für ein neues Bad im Bornstedter Feld mit dem enormen Entwicklungspotential und dem Bedarf im Potsdamer Norden begründet worden ist. Es liegt nun bei Herrn Plattner, ob er bei seinem hohen Anspruch einer breiten Akzeptanz seines Vorhabens bleibt, für den er großen Respekt verdient.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Vom Brauhausberg zum „Mercure“

Mit dem Badneubau, der Kunsthalle und dem Staudenhof waren wichtige Themen der Innenstadtentwicklung auf der Tagesordnung der Mai-SVV. SPD, CDU, Grüne und FDP überwiesen ihren fragwürdigen Antrag zur Rücknahme des erst im Dezember gefassten Beschlusses zum Erhalt des Hauses am Alten Markt 10 (Staudenhof) selbst geräuschlos in die Ausschüsse. Zwischenzeitlich ist die im Dezember beschlossene Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden. Sie wird im Oktober Grundlage für die weitere Diskussion sein. Es ist erfreulich, dass es trotz der unterschiedlichen Meinungen zur Umsetzung des Bürgervotums für den Neubau eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg gelang, aus dem Antrag der LINKEN und dem Antrag des Oberbürgermeisters einen gemeinsamen Beschlusstext zu formulieren. Dafür gab es eine breite Mehrheit. Auf Antrag der LINKEN wird unter anderem ein städtebaulicher Wettbewerb zur Gestaltung des Brauhausbergs durchgeführt und ein Beirat gebildet. Offen blieben die Prämissen für den Wettbewerb. Dazu schlägt DIE LINKE den Erhalt des „Minsk“, die Prüfung der Nachnutzung der alten Schwimmhalle und die öffentliche Nutzung der gesamten Fläche für Breiten- und Spitzensport, Kultur und soziale Einrichtungen vor. Im Unterschied zum Oberbürgermeister wollen wir allenfalls eine ergänzende, nach geordnete Wohnbauung am Fuß des Brauhausbergs. Die vom Oberbürgermeister vorgelegten Standortvarianten für die von Hasso Plattner geplante und von uns gewollte Kunsthalle bestätigen uns in der Auffassung, dass mit dem Blücherplatz hinter dem Alten Rathaus ein zentrumsnaher Standort vorhanden ist, der nicht wie beim „Mercure“ eine Abrissentscheidung voraussetzt. -hjs

„Brücken bauen“

Das 5. Toleranzfest des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ findet in der Waldstadt II statt

Das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ bereitet gemeinsam mit vielen Vor-Ort-Akteuren in der Waldstadt für den 15. September 2012 das diesjährige Fest für Toleranz vor.

Unter dem Motto „Brücken bauen“ wird es wieder ein vielfältiges und buntes Programm für Jung und Alt geben, mit dem das Grundanliegen der inzwischen zu einer Tradition gewordenen Toleranzfeste aufgenommen wird: Das aufeinander Zugehen von Generationen, Nationalitäten und Kulturen.

Das Fest beginnt um 14:30 Uhr am Waldstadt-Center mit einem möglichst farbenfrohen Umzug durch den Stadtteil hin zum Sportplatz, dem eigentlichen Ort des Geschehens.

Bis 19 Uhr können dann Groß und Klein, Alt und Jung bei Spiel, Sport und natürlich auch bei einem abwechslungsreichen Angebot an Speisen und Getränken miteinander ins Gespräch kommen und erneut zeigen, dass auch in der Waldstadt die Idee des friedlichen Miteinanders gelebt wird. Bunt statt Braun – dafür stehen alle Akteure und Besucher des Festes. Bitte unbedingt vormerken!

AWAG-Mieter in Not

Angedrohte Versorgungseinstellung, fehlende Reparaturen und Verkaufsgerüchte

Jeden Monat überweisen sie pünktlich ihre Miete - dennoch drohte die techem im Mai ca. 200 Mietparteien am Schlaatz mit der Abstellung von Fernwärme und Warmwasserversorgung. In anderen Blocks wird kein Müll mehr entsorgt, kaputte Schließanlagen werden seit Monaten nicht mehr repariert, Treppenhäuser und Grünanlagen nicht mehr gereinigt. Die Liste der Sorgen, die bei einer Mieterversammlung am 01. Juni im Bürgerhaus am Schlaatz zur Sprache kommen, ist lang - insgesamt sind 624 Wohnungen am Schlaatz und im Zentrum-Ost betroffen.

Der LINKEN-Stadtverordnete Stefan Wollenberg hatte die Veranstaltung kurzfristig einberufen, nachdem über 250 Mieter am Pfingstweekenende Post einer Berliner Anwaltskanzlei bekommen hatten, in denen teils hohe vierstellige, angebliche Mietrückstände eingefordert wurden. Ein erster Erfolg des öffentlichen Agierens: Noch am 01. Juni teilte die Kanzlei den Mietern per Boten mit, dass sie die AWAG nicht länger vertrete und die Forderungen damit gegenstandslos seien. Gelöst ist damit aber nur ein kleiner Teil der Probleme. Die AWAG selbst ist seit Monaten nicht mehr erreichbar, die Büroräume in Steglitz stehen leer, Telefonanschlüsse sind abgeschaltet. Die neue Hausverwaltung STRATEGIS steht den Zuständen scheinbar machtlos gegenüber. Weder stehen ihr die Unterlagen der vorherigen Hausverwaltung zur Verfügung, noch hat sie Zugriff auf die Mietergelder. Hausmeister, Reinigung und Havariedienste haben ihre Arbeiten in den Häusern wegen unbezahlter Rechnungen seit Monaten eingestellt.

Experten des Babelsberger Mietervereins und der Anwaltskanzlei Walter Schröder waren gekommen, um erste Hilfestellung zu geben. Dies ist deshalb besonders



schwierig, weil jeder Fall immer nur als Einzelfall zu betrachten sei. Die Mieter müssten deswegen unbedingt selbst aktiv werden. Bei Mängeln muss gegenüber der Hausverwaltung die Beseitigung unter Fristsetzung eingefordert werden. Passiert in dieser Frist nichts, kann unter Setzung einer Nachfrist die Mietminderung angedroht und schließlich auch umgesetzt werden. Es gibt auch ein Selbstbeseitigungsrecht des Mieters - das aber immer von der Schwere des Mangels und den genauen Umständen abhängig ist. Hier sollte unbedingt rechtliche Beratung in Anspruch genommen werden.

Eine schnelle Besserung der Lage ist leider nicht in Sicht. Noch immer ist unklar, ob die AWAG ausstehende Teilbeträge an die techem zahlen wird und die Einstellung der Wärmeversorgung damit vom Tisch ist. In der Juni-Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, dass die städtische Wohnungsgesellschaft einen Rückkauf der Häuser prüfen soll. Sie werden durch eine von der AWAG beauftragte Vermögensverwaltung derzeit zum Kauf angeboten. Wie die Chancen dafür aussehen, steht allerdings in den Sternen.

Die Mieterversammlung sollte den Betroffenen vor allem die Verständigung untereinander und den Zugang zu adäquaten Hilfsangeboten ermöglichen. Zumindest das ist gelungen. Unter anderem wurde ein Mailverteiler organisiert. DIE LINKE wird weiter dranbleiben am Thema.

Stefan Wollenberg

Hilfe für AWAG-Mieter

Mailverteiler:

Als Mieter können Sie sich eintragen:
Mail mit Name, Straße und Hausnr. an kontakt@k2-potsdam.de

Babelsberger Mieterverein
Plantagenstr. 18
14482 Potsdam

Tel. 0331/74 22 01

Kanzlei Walter Schröder
Großbeerenstr. 26
14482 Potsdam

Tel. 0331/70 75 53
rawalterschroeder@gmx.de

Neue Kaufhalle am Schilfhof endlich bauen

Eigentlich müsste die neue Kaufhalle am Schilfhof schon geöffnet sein, denn nach der Schließung der alten Halle im September 2009 sollte nahtlos deren Abriss und der Bau einer kleinen Verkaufseinrichtung erfolgen. Diese Anschlusslösung ist aus verschiedenen Gründen nicht zustande gekommen. Da sich die Schlaatzbewohner nicht mit dem unbefriedigenden Zustand abfinden und auch DIE LINKE immer wieder nachfasste, kam es über die zwischenzeitlichen Überlegungen zu einer Sanierung der alten Halle zu einer unerwartet komfortablen Lösung. REWE entschied sich, am Schilfhof doch wieder eine Kaufhalle zu betreiben. Die entsprechenden Planungen sind im Unternehmen beschlossen, der Bauantrag ist bei der Stadt eingereicht.



Jetzt liegt es wesentlich an der Stadtverwaltung, wie lang der Genehmigungsprozess dauert. Auf Antrag der LINKEN beschlossen die Stadtverordneten mit großer Mehrheit und unter ausdrücklicher Fürsprache des Oberbürgermeisters, dass es

ein beschleunigtes Verfahren geben soll und die erforderlichen Genehmigungen zügig erteilt werden. Die Schlaatzter haben einen Anspruch darauf, dass ihre Einkaufsbedingungen vor allem für die älteren Bürger günstiger gestaltet werden. -hjs

„Allianz für den Schlaatz“

Der Schlaatz hat sich in den zurückliegenden Jahren als Lebens- und Wohnort enorm entwickelt. Nach der „Wende“ haben viele der ca. 13.000 Anwohner den Stadtteil verlassen. Seit 2010 ist die Bevölkerungszahl mit ca. 8.700 wieder stabil. Der Wohnungsleerstand ist von rd. 10 % 2001 auf rd. 1,2 % 2011 gesunken.

Mit Hilfe vieler Förderprogramme und der z. T. mühsam erkämpften Ko-Finanzierung durch die Stadt Potsdam wurden zunächst das Wohnumfeld verbessert, Spiel- und Sportplätze, Grünflächen, Straßen und Fußwege gestaltet, Kitas saniert, das Umfeld von Schulen aufgewertet und soziale Einrichtungen, wie das Familienzentrum oder

von Barrierefreiheit und von Bewegungsräumen für alle Generationen eingesetzt werden. Ob das Programm nach 2013 noch weiter aufgelegt wird, ist ungewiss.

Die Entwicklung in diesem Stadtteil zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie von der „Allianz für den Schlaatz“ mit kopiert, getragen und begleitet wurde und wird. Der Integrationsgarten des Brandenburgischen Kulturbundes, das Familienzentrum des Diakonischen Werkes Potsdam, das Projekt im Kiez, das Bürgerhaus am Schlaatz, das Haus der Generationen und Kulturen des Vereins Soziale Stadt und das Stadtteilmanagement des Stadtkontors bilden diese Allianz und damit eine große

bereitet wird. Vertreter von Trägern und Einrichtungen im Stadtteil, Wohnungsunternehmen, der Stadtteilrat, die Verwaltung und Bewohnerinnen und Bewohner werden sich auf diesen Fachtagen über eine Bestandsanalyse einzelnen Themenfeldern wie Mieten, Arbeit, Sicherheit zuwenden und herausfinden, wie Bewährtes fortgeführt werden kann bzw. welche weiteren Entwicklungsziele in Angriff genommen werden müssen. Auch dazu stehen erste Überlegungen in dem Integrierten Entwicklungskonzept „Soziale Stadt am Schlaatz“, das von der Stadtkontor GmbH im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam vorgelegt wurde.



Tolle Stimmung im Haus der Generationen und Kulturen.

das Haus der Generationen und Kulturen, geschaffen. Dieser Prozess ist weitestgehend abgeschlossen.

Gestaltungsbedarf gibt es noch um den Stadtplatz. Das ist aber z. B. mit dem Bau einer großen REWE-Kaufhalle auch auf einem guten Weg. Für den Zeitraum 2011 bis 2013 stehen Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ in Höhe von 600.000 EURO zur Verfügung. Die sollen für kleinere Investitionen zur Schaffung

Vielfalt der Anwohnerschaft, deren Interessen und Bedürfnisse ab.

Ihre Erfahrungen und ihre Kontakte in dem Stadtteil sind jetzt besonders gefragt, wenn es darum geht zu überlegen, wie die über das Programm „Soziale Stadt“ in Gang gesetzten Entwicklungen verstetigt werden sollen. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die das möglich machen. Dazu soll ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden, das durch Fachtag vor-

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 6. Juni 2012 mit der DS 12/SVV/0376 das Konzept als Grundlage für die Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Fördergebiet Am Schlaatz bis 2013 beschlossen. Über die Seite www.potsdam.de kann man die Kurzfassung des Konzeptes finden und lesen.

*Dr. Sigrig Müller
Mitglied im Stadtteilrat Waldstadt - Schlaatz*

Wand an der Bibliothek?

Die SVV hatte beschlossen, dass im Mai ein Konzept für die Gestaltung der Brandwand an der Stadt- und Landesbibliothek vorgelegt wird. Wie sieht dieses aus?, fragte Dr. Karin Schröter. Die Arbeitsgruppe habe bisher noch kein abschließendes Ergebnis vorgeschlagen, antwortete Dr. Iris Jana Magdowski. Sie rechne mit einem Gestaltungsvorschlag Ende Juni.

Unterbringung von Flüchtlingen

Da in diesem Jahr mit ca. 70 bis 80 Flüchtlingszuweisungen gerechnet wird und die bestehende Unterkunft ausgelastet ist, fragte Dr. Sigrig Müller, wie die Stadt darauf vorbereitet ist. Die zuständige Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger bestätigte die Erwartung. Die Unterkunft am Schlaatz sei derzeit mit 160 Flüchtlingen belegt, bei einer Kapazität von 180. Das Konzept, für infrage kommende Flüchtlinge eigene Wohnungen zur Verfügung zu stellen, habe sich bewährt. 18 Personen sind bereits ausgezogen, 34 weitere haben die Zustimmung und brauchen noch eine eigene Wohnung. Mit der vorgesehenen Schaffung eines Kleinstheimes (20 Plätze) für Mütter mit Kindern könne der erwartete Bedarf gedeckt werden.

Einkreisung von Potsdam?

Mit 22 gegen 18 Stimmen wandte sich die Stadtverordnetenversammlung gegen die Gefahr einer „Einkreisung“ der Landeshauptstadt, was soviel bedeutet wie Verlust des Status' Kreisfreie Stadt und Eingliederung in einen Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Die Landes-SPD hat in einer Klausurtagung ein Leitbild 2030 für Brandenburg vorgelegt, in dem unter anderem neben der Festsetzung von Mindest-Einwohnerzahlen für Landkreise die kreisfreien Städte in Kreise integriert werden sollen. „Wehret den Anfängen“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg zur Beschlussbegründung, dies sei nicht nur ein Partei-, sondern ein Strategiepapier der stärksten Partei im Land.

Der Appell fruchtete fraktionsübergreifend. Der Oberbürgermeister wurde mit dem Beschluss beauftragt, fortan diese Position dem Land gegenüber zu vertreten und die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zu entwickeln. Übrigens gegen seinen ausdrücklichen Willen und den der SPD-Fraktion.

Atemnot durch Eichenspinner

Der Eichenprozessionsspinner (EPS) ist eigentlich „nur“ ein Nachtschmetterling. Die Raupen bevorzugen frei stehende Bäume; gerne am Waldrand, in Parkanlagen oder mitten in Ortschaften. So auch in unserer Stadt – speziell in der Waldstadt.

Zur Gesundheitsgefährdung wird der EPS erst im dritten Raupenstadium, ca. Anfang Mai bis Mitte Juli.

Um den Eichenprozessionsspinner sollte man einen großen Bogen machen. Warum und welche Neuigkeiten es darüber gibt, lesen Sie hier.

Was macht den Eichenprozessionsspinner für Menschen und auch Tiere so gefährlich?

Die Raupen häuten sich mehrfach und dabei werden feine Haare freigesetzt. Sie können über hundert Meter verweht werden. Die Haare lösen bei Kontakt auf der Haut oder beim Einatmen einen Reiz aus. Zum einen mechanisch, weil sie wie kleine Stacheln wirken. Aber auch einen toxischen Reiz, denn sie tragen ein Nesselgift.

Wie sehen die Symptome aus?

Auf der Haut entsteht schon wenige Stunden nach dem Kontakt eine so genannte Raupendermatitis. Eine Hautentzündung, begleitet von heftigem Juckreiz, Rötungen und Bläschen. Unbehandelt kann das bis zwei Wochen anhalten, behandelt zwei bis fünf Tage. Wenn die Härchen in die Augen kommen, entstehen Bindehautentzündungen. Das Einatmen der Härchen kann zu Entzündungen im Nasen-Rachen- und Bronchialsystem führen, was selten bis zur Atemnot reicht. In 92 Prozent der Fälle gab es im Vorjahr Hautreaktionen, 18 Prozent waren Bindehautentzündungen, 15 Prozent der Betroffenen hatten Luftnot.

Was tue ich, wenn ich denn einmal in Kontakt mit den Raupen gekommen bin?

Duschen, um die Härchen abzuspülen. Wenn man Härchen sieht, kann man sie auch mit einem Tesafilm-Streifen abnehmen. Die Kleidung waschen. Treten Symptome auf, hilft der Hausarzt mit Salben, Inhalativa oder Spritzen. Sind die Haare in die Augen gekommen, sollte man umgehend zum Augenarzt gehen, denn die Haare könnten auch in tiefere Augenschichten vordringen und das Augenlicht gefährden

Stadtteilstfest Schlaatz – bunt, wie immer

Auch in diesem Jahr fand auf dem Schlaatzener Marktplatz das Sommerfest 14478 statt. Am 2. Juni ging es von 15.00 – 23.00 Uhr wieder bunt zu mitten im Stadtteil. Das „Radio im Kiez“ sendete live, ein Lustgarten ging auf Reisen, ein musikalisches Feuerwerk erwartete die Besucherinnen und Besucher auf der Bühne, Kinder konnten klettern und Wikingerschach spielen, an vielen Ständen gab es etwas zu Staunen und natürlich war auch für das leibliche Wohl gesorgt. Der gute alte Grill wurde aufgestellt, stramme Way out Burger und Pizza warteten auf hungrige Gäste, Bier gab es von Full House und Wasser direkt an der Bar der EWP.



Kaufhalle am Teufelssee kommt



Der Protest gegen die ursprünglich geplante ersatzlose Schließung der Kaufhalle am Teufelssee (Waldstadt II) hat sich gelohnt. Nach den Aktionen der Bürgerinitiative, den Unterschriften der Bürger und der konsequenten Unterstützung durch die Linksfraktion hat die Firma Semmelhaack zugesagt, in den am Standort geplanten Wohnungsneubau eine neue Kaufeinrichtung zu integrieren. Voraussetzung war aber, dass sich ein Betreiber findet. Das war nicht so einfach, aber durch meine Vermittlung hat die Firma Kaisers Interesse bekundet. Nach dem üblichen Hin und Her drohte zwischenzeitlich sogar ein Scheitern der Pläne. Nach meiner Intervention ist jetzt eine tragfähige, für beide Seiten wirtschaftliche Lösung gefunden worden. Semmelhaack und Kaisers sind sich einig über die Einrichtung einer Kaufhalle im Erdgeschoss des neu zu errichtenden Wohngebäudes auf dem Grundstück der im Herbst geschlossenen Kaufhalle. Nach dem möglichst effektiv zu gestaltenden Genehmigungsverfahren werden die Waldstadtbewohner in absehbarer Zeit wieder eine Verkaufseinrichtung in ihrer Nähe und weitere dringend benötigte Wohnungen haben. H.-J. Scharfenberg

„Alt und arm – selber schuld?!“

Armut-Fachtagung in Potsdam/Soziale Sicherungssysteme armutsfest gestalten/ Wehren lohnt sich

„Alt und arm – die unterschätzte Gefahr“ war das Thema der am 11.6.2012 in Potsdam stattgefundenen Fachtagung. Es hatten sich Vertreter der Landesarmutskonferenz, aus Vereinen, Verbänden und natürlich auch Betroffene zu einer angeregten Diskussion eingefunden.

„Alt und arm – selber schuld“, „Jeder ist seines Glückes Schmied“ und „Der Staat wird's schon richten“ waren die Themen, die sehr lebhaft von den Teilnehmern an den Tischen diskutiert worden sind, nachdem der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Dr. Schneider, auf die akute Situation in Deutschland aufmerksam gemacht hatte. Das Ergebnis der Beratung haben die Teilnehmer in einem Forderungskatalog an die Regierungen zusammen gefasst.

Wesentlich ist die Feststellung, dass nur ein radikaler armuts- und reichthumpolitischer Kurswechsel die Gesellschaft davor

bewahren kann, nicht zu kollabieren. Dazu gehört, die sozialen Sicherungssysteme armutsfest zu gestalten. Einhellig waren die Forderungen, ein Rentensystem zu schaffen, das Menschen, die gearbeitet haben, eine Rente garantiert, von der sie leben können, das Rentenniveau zu stabilisieren und den eingeführten Nachhaltigkeitsfaktor zu beseitigen. Die Absicherung von Langzeitarbeitslosen ist zu verbessern, ein Mindestlohn ist einzuführen, und die Konferenz will sich für einen Nachteilsausgleich von Ost und West und für Frauen einsetzen.

Die Teilnehmer der Veranstaltung forderten die Landesregierung auf, sich für diese Ziele auf Bundesebene stark zu machen, und erwarten, dass die Kommunen ihre Fürsorgepflichten gegenüber armen Menschen mit Hilfe ihres kommunalen Eigentums durch eine geeignete Infrastrukturpolitik erfüllen. Einigkeit bestand unter

den Teilnehmern darin, dass Armut ein Altern in Würde unmöglich macht. Deutschland ist ein reiches Land, dennoch wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer, nimmt die Anzahl der Menschen zu, die von ihrer eigenen Arbeit oder ihrer Rente nicht mehr leben können. Dieses Land hat für die geforderte Umverteilung die notwendigen Potenzen, um für seine Bürger ein solches würdevolles Altern zu ermöglichen. Dabei denken die Älteren nicht nur an sich, denn mit den gegenwärtigen Regelungen im Rentenrecht sind auch die jüngeren Menschen bedroht. Deshalb kann man sich schon einmal den 29. September 2012 vormerken, an dem in Berlin eine Demonstration zu den Problemen der Umverteilung des Reichtums in Deutschland stattfinden wird. Sich wehren lohnt sich.

Generationswechsel in alternder Partei

Über das Sommerfest 2011 der LINKEN in Potsdam/Von Jonas Rugenstein

DIE LINKE in Potsdam hat zum Sommerfest geladen (2011 – d. Red. – siehe Fotos). Neben dem 1. Mai ist dies für die Parteibasis der wichtigste Termin im Jahr. Die Bierbänke vor der Bühne, auf der ein buntes Kulturprogramm abläuft, sind gut gefüllt. Hier zeigt sich, wie stark die Basis der LINKEN in der brandenburgischen Hauptstadt ist, wo die LINKE regelmäßig an die 30 Prozent der Stimmen erreichen kann. Sie ist hier keine Nischenpartei, sondern hat tatsächlich so etwas wie den Charakter einer Volkspartei. Das zeigt sich allein schon daran, dass in einer Reihe neben Bücherständen mit Biographien linker Ikonen auch der parteinahe Wirtschaftsverband von Unternehmern, Freiberuflern und Selbstständigen für sich wirbt.

Gleichzeitig zeigt sich auf dem Sommerfest aber auch die größte Gefahr für die Zukunft der Partei. Die rund dreihundert Gäste sind fast ausnahmslos im fortgeschrittenen Rentenalter. Auch wenn die Wahlergebnisse der LINKEN in Potsdam immer noch vergleichsweise hoch ausfallen, sinken die Stimmen für die Partei in den letzten Jahren beständig. Die Basis ist kein Abbild der Gesellschaft, sondern das einer Generation, die unter dem Eindruck des zweiten Weltkrieges lernte, innerhalb der DDR zu funktionieren. Nach dem Mauerfall standen viele vor den Scherben. Diese Erfahrungszusammenhänge minimieren das Sensorium für die Lebenswelten der Jüngeren. Die Potsdamer LINKE hat Schwierigkeiten, die Jugend für sich zu gewinnen. Andererseits sind die alten Genossen ein wichtiges Fundament für die Partei. Ihre Mitgliedsbeiträge sichern das finanzielle Überleben, sie sind engagierte Wahlkampf helfer und übernehmen Aufgaben, die andere Parteien schon an externe Firmen abgeben mussten. Der Spagat zwischen Jung und Alt bringt die Partei an Grenzen.

In Gesprächen und Talkrunden auf dem



Sommerfest zeigt sich, was Kommunalpolitik bedeutet. Nicht Zerwürfnisse in der Parteiführung, Parteiströmungen etc. – was so gerne als Sinnbild für den Zustand der Partei herangezogen wird, spielt hier nur eine Nebenrolle. Stattdessen geht es um Stadtteilplanung und Mietkosten, um die medizinische Versorgung und den öffentlichen Nahverkehr, Politik im eigenen Erfahrungsbereich. Problem: Dieser ist zugeschnitten auf die ältere Generation.

Wo früher die Parteibasis die Meinung eines relevanten Teils der Gesellschaft abgebildet hat, setzt Die LINKE heute auf eine Bürgerbefragung. Die Partei will damit zeigen, dass sie sich für die Bedürfnisse der Menschen interessiert. Jedoch sind von den insgesamt 1024 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gerade 84 unter 35 Jahre.

Die Bürgerbefragung ist auf Initiative von jüngeren Parteimitgliedern durchgeführt worden. Der Altersdurchschnitt des Kreisvorstandes liegt mit 45 Jahren weit unter dem Landesdurchschnitt, der Kreisvorsitzende ist knapp über 30. Mit neuen Themen wie Gentrifizierung und einem

alternativen Kulturprogramm wollen sie das junge studentische Milieu gewinnen. Aber auch die Struktur der Partei soll offener werden. In den größeren Gebieten umfassenden (Orts-)Verbänden sind nun mehr junge Leute aktiv, so dass deren Einfluss gestiegen ist. Ihre Stimme, so die jungen Aktiven selbstbewusst, zählt hier mehr als in anderen Parteien.

Und so nimmt im Laufe des Tages auch die Zahl der jungen Besucher auf dem Sommerfest der LINKEN in Potsdam zu. Später am Abend wird das Bürgerfest in ein „red summer open air“ übergehen und Musik gespielt, mit der ältere Parteimitglieder wohl wenig anfangen können. Dann wird sich der Generationswechsel, zumindest hier zwischen den Bierbänken, schon vollzogen haben.

Der Autor ist studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/generationswechsel-in-einer-alternden-partei> (stark gekürzt, ausführlich siehe www.dielinke-potsdam.de)

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder der LINKEN oder politisch Interessierte – was meinen Sie: Können Jung & Alt überhaupt „unter einen Hut kommen“? Oder muss man akzeptieren, dass jede Generation ihre Themen hat, die die andere nicht berühren? Werden Senioren nicht respektiert? Und muss man jungen Leuten mehr vertrauen? Schreiben Sie uns, welche Erfahrungen Sie gemacht haben, was Sie stört und wo Sie schon erlebt haben, dass es funktionieren kann. Ihre Meinung interessiert uns! Verlag MedienPUNKT, Redaktion PAS, Hessestraße 5, 14469 Potsdam oder pas.redaktion@gmx.net

(Bitte haben Sie Verständnis für Sinn wahrende Kürzungen, damit möglichst viele Leser/innen zu Wort kommen.)

Alt & Jung – Risiko oder Chance?

Im Kreisverband Potsdam brodelt's schon seit einiger Zeit: Ältere fühlen sich regelmäßig übergangen, Junge nicht wirklich ernst genommen. Senioren machen sich Luft, weil sie ihre Themen in der Arbeit des Kreisverbandes zu wenig wieder finden und an Infoständen vergeblich auf Verstärkung warten, jüngere Genossen stöhnen, weil jede Veränderung wie die neue Geschäftsstelle oder ein moderner aufgemachtes Sommerfest sofort auf Misstrauen stoßen. Was tun?

Anpacken!, sagte sich der Kreisvorstand und lud zum Austausch. In einer Diskussionsrunde zum „Zustand der Partei“ und einem weiteren Treffen von Basisvertretern mit Studierenden hatten die jungen Mitglieder festgestellt, dass sie sich lieber bei Anti-Atomkraft-Aktionen ins Zeug legen, als zur Montagsdemo zu gehen. Ältere warben für Veranstaltungen, die politische Entwicklungen in der Welt historisch einordnen und interessante Fragen aufwerfen, beispielsweise zu unserem Verhältnis zu China. Zu vielen Themen habe man doch ausgewiesene Experten als Gesprächspartner anzubieten. Schließlich wurde vereinbart, nach den thematisch gemeinsamen Interessen wie Mieten oder Friedensbewegung zu suchen; hier könne man beispielsweise den Wahlkampf auch gemeinsam gestalten. Dafür sollten dann Jung & Alt jeweils ihre gewünschten Formen nutzen – Vorträge und Handzettel für die Einen, selbst gestaltbare Flyer und lebendige Aktionen für die Anderen.

Um das Potenzial der starken Basis zu nutzen, soll eine Expertendatenbank mit den Namen ausgewiesener Spezialisten mit ihren Themen angelegt werden, damit die Jungen beispielsweise Diskussionsabende mit deren Erfahrungen und Kenntnissen anreichern können. Auf großes Interesse stieß wiederum deren Angebot, als „Experten für Onlinekommunikation“ in einer Veranstaltung einmal das Facebook-Profil des Kreisverbandes DIE LINKE.Potsdam vorzuführen und zu zeigen, wie man selbst hier mitlesen und mitreden kann.

Beide Diskussionsrunden waren erfrischend offen, man wollte mehr voneinander wissen und suchte ehrlich und ohne Misstrauen nach dem gemeinsamen Nenner. Wer zuhören wollte, erfuhr viel über den anderen, sein Engagement und seine Beweggründe – ein wichtiger Schritt zum Respektieren teilweise unterschiedlicher Wege. Zum Schluss des zweiten Diskussionsabends versprachen die jungen Mitglieder, auf Einladung auch gern mal in Basisorganisationen über ihre Arbeit zu berichten, und viele Ältere nahmen das „Starter-Kit“ mit Polit-Infos für ihre Enkel mit. Beide Runden deuteten enorme Potenziale an und weckten Zuversicht. Nun liegt es an den Teilnehmern, daraus etwas zu machen. - ed



„Crimark“ auf Kuschelkurs mit Neonazis

Durch den sportlichen Erfolg des Fußballclubs Union Berlin haben sich auch in Brandenburg, speziell im Raum Potsdam, verschiedene Fanggruppierungen gebildet. Der Fanzusammenschluss „Crimark“ fällt allerdings weniger durch Engagement für ihren Fußballverein, sondern vielmehr durch Einschüchterungsversuche gegnerischer Fußballfans und durch Nähe zum neonazistischen Milieu auf. Eine Nähe der Gruppe zu neonazistischem Gedankengut lässt sich nicht leugnen.

Der Name „Crimark“ setzt sich laut eigener Aussage aus „Crime“ (engl. Verbrechen), da die meisten Mitglieder schon polizeilich in Erscheinung getreten sein sollen, und „Mark“, für ihre Herkunft aus dem Land Brandenburg, zusammen. Die führenden und „kreativen“ Köpfe sind hauptsächlich in und um Potsdam aktiv. Zu diesen gehören Paul Udo Kulze, Paul Elm, Nico H., Max S., auch genannt Kalle, Fabian K. und Max C..

Paul Udo Kulze lauerte desöfteren mit anderen Mitgliedern von „Crimark“ den als links geltenden Fans des SV Babelsberg 03 auf, wenn diese von Heim- oder Auswärtsspielen zurückkehren. Im Jahr 2009 stand er vor Gericht, da er einen Hitlergruß zeigte und danach eine Person angriff.

Paul Elm ist Judoka beim UJKC Potsdam und in seinem Sport in letzter Zeit recht erfolgreich. Er fiel ebenso wie andere Mitglieder von „Crimark“ mit neonazistischen Äußerungen auf.

Ein Newcomer in den Reihen von „Crimark“ ist Fabian K. aus Fahrland. Der 17-jährige beteiligte sich ebenfalls an Einschüchterungsversuchen und fiel bereits durch das Tragen von „Nationale Sozialisten“-T-Shirts auf. Er verkehrt regelmäßig im Jugendclub Fahrland und spielt im Verein „SG Bornim“ Fußball.

Nico H. steht dem neonazistischen Milieu nahe. Auf Facebook wettet er gegen die „STUPID ANTIFA BASTARDS !!!“ und schickt einen „HaSS gruSS nach Babelsberg“.

Fazit: Fußball ist, wie schon bekannt, kein unpolitisches Feld – daher heißt es, sich eindeutig gegen Gruppen wie „Crimark“ auszusprechen.

(gekürzt) arpu.blogspot.eu

Schober und Pecht noch immer etabliert – Vereine hofieren Neonazis

Ein weiteres mal wird der Neonazi Mario Schober mit Bild in einer Potsdamer Tageszeitung abgebildet. Ein weiteres Mal wird die neonazistische Gesinnung Schobers nicht thematisiert, obwohl mehrere Informationen zu seinem Umfeld und seinem Verhalten bekannt sind. Die Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 22. Mai 2012 auf Seite 22 über einen Elfmeter, den Mario Schober nicht gehalten und so einen Sieg für den Verein verhindert hat. Dazu ist ein Bild von ihm abgedruckt.

Während andere Sportvereine halbherzig versuchen, neonazistische Tendenzen in ihren Reihen durch einen „Ehrenkodex“ zu bekämpfen, und so wenigstens thematisieren, verschließt sich Fortuna Babelsberg solchen Ansätzen offensichtlich vollständig. Der Verein sicherte zu, dass es „keine Probleme dieser Art“ bei ihnen gebe. „Rechtsradikalismus wird bei uns mit Sicherheit nicht geduldet“ war ein Tenor. Dass Mario Schober trotzdem als Torwart spielen kann, konterkariert diese Aussage und zeigt die offensichtliche Akzeptanz von Neonazis im Verein. Sowohl Spieler als auch Funktionäre, scheinen sich nicht an Schober und seiner politischen Einstellung zu stören. Auch der Cheerleading Verein „PCV Potsdam Panthers e.V.“ äußerte sich ähnlich und leugnete eine Zugehörigkeit Schobers zur neonazistischen Szene.

Fortuna Babelsberg sorgt weiterhin, ebenso wie die „Potsdam Panthers“, für eine schleichenden Normalisierung von menschenverachtendem Denken und Handeln im Alltag. Lediglich der Rugbyverein „USV Potsdam“ äußerte sich über seinen Pres-



sesprecher in einer halb-öffentlichen Erklärung in einem Rugby-Internetforum selbstständig zur Thematik. Demnach sei Schober schon mindestens zehn Jahre nicht mehr Mitglied des Vereins und eine „rechte Gesinnung“ werde „auf keinen Fall [...] toleriert und jegliches Gedankengut dieser Art sofort im Keim erstickt.“

Offensichtlich ist die Zeitung nicht in der Lage, andere Medien zur Recherche zu nutzen oder öffentliche Debatten in ihre Berichterstattung einzubeziehen. Das Thema „Schober“ und allgemein „Neonazis im Sport“ wurde von verschiedenen Stellen diskutiert. Das hindert die Zeitung augenscheinlich nicht daran, über einen bekannten Neonazi wohlwollend zu berichten.

Auch der Neonazi Thomas Pecht, der im Fußballverein „Eintracht 90 Babelsberg“ spielt, wird noch immer toleriert und bestreitet für den Verein weiterhin als Stürmer Spiele. Nach der Veröffentlichung über Pecht reagierte der Verein, indem er sich einem „Ehrenkodex gegen Neonazis“ verpflichtete und auf der Website des Vereins Fotos des Männer-Teams ohne Thomas Pecht veröffentlichte. Die Spie-

ler halten darauf ein Transparent mit der Aufschrift „gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus“.

Das Fehlen Pechts soll hierbei seinen Ausschluss suggerieren. Der Vereinsvorsitzende Markus Meyer äußerte sich mit „Für solches Gedankengut ist bei uns kein Platz“ und will „solche Sportler“ aus dem Verein werfen. Geschehen ist dies offenbar nicht. In einem Fußballforum ist zu lesen, dass Pecht am 6. Mai 2012 bei einem Spiel gegen „Fortuna Babelsberg III“ und am 20. Mai 2012 gegen „Juventas Crew Alpha II“ ein Tor schoss.

Auch auf den Spielfotos, die regelmäßig auf der Website von „Eintracht 90“ nach den Spielen veröffentlicht werden, ist Thomas Pecht regelmäßig zu finden, beispielsweise am 13. Mai nach einem Tor gegen den „FSV Babelsberg 74 III“. Ebenso ist auf der Seite des 2. Männer-Teams Thomas Pecht noch immer im Team-Foto abgebildet. Eine deutliche Distanzierung, wie in einem Artikel der Potsdamer Neusten Nachrichten versprochen, ist nicht erkennbar.

Der erwähnte „Ehrenkodex“ für Sportvereine ist oft nur eine leere Phrase. Leider verstecken sich Funktionäre und Sportler gerne hinter diesem Kodex, um jedwede Kritik zu ignorieren. So kann ein „Ehrenkodex“ ebenfalls gegen Menschen ausgelegt werden, welche sich gegen die Duldung von neonazistischen Tendenzen in Sportvereinen wehren, und die Entpolitisierung des Sports vorantreiben. Das ist jedoch genau der Nährboden, auf dem Sportler wie Thomas Pecht und Mario Schober Jahrzehnte lang geduldet wurden und werden. Wir fordern eine ernsthafte, inhaltliche Auseinandersetzung und klare Abgrenzung zu neonazistischem Gedankengut.

arpu.blogspot.eu



Mehr tun für sozialen Ausgleich

LINKE-Finanzpolitik im Gespräch mit Daniela Trochowski und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Am 12. Juni 2012 hatte DIE LINKE.Potsdam zu einem finanzpolitischen Gespräch in die Geschäftsstelle in der Dortustraße eingeladen. Zu Gast waren Staatssekretärin Daniela Trochowski (Landesfinanzen) und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Kommunalfinanzen). Die zwanzig Gäste bekamen einen Einblick in die Schwierigkeiten und Möglichkeiten linker Finanzpolitik und in die Auswirkung auf die finanzielle Situation der Länder und Kommunen durch die Bundespolitik. Letztere hat in den vergangenen Jahren immer wieder zu Einbrüchen in

Milliardenhöhe bei der Mittelzuweisung für Länder und Kommunen gesorgt.

Der Arbeitsbeginn des ersten LINKEN-Finanzministers war zugleich von einem krisenbedingten Einbruch der Steuereinnahmen um eine halbe Milliarde Euro, das entspricht fünf Prozent des Gesamthaushaltes, überschattet. Dennoch ist es gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Um dies auch zukünftig zu schaffen, ohne an sozialen Leistungen wie Bildung, Lehrern und Kitas zu kürzen, müssen bei sinkenden Einnahmen jedoch an-

dere öffentliche Ausgaben des Landes hinterfragt werden. Eine Neuverschuldung, die laut Schuldenbremse ab 2020 untersagt ist, kommt für Brandenburg faktisch schon ab 2014 nicht mehr in Frage. Notwendig wird dies wegen der Einbeziehung der kommunalen Schulden bei der Berechnung der Verschuldungsobergrenze für das Land und die drohenden Strafzahlungen an die EU bei deren Nichteinhaltung.

Positiv wirkt sich linke Finanzpolitik in Brandenburg auf die Situation der Kommunen aus. So wurde die Schlüsselzuweisung für die kreisfreie Stadt Potsdam 2012 um 15 Prozent (12 Mio. Euro) erhöht.

Leider kann mit der vorhandenen politischen Konstellation im Rathaus linke Finanzpolitik nicht ausreichend umgesetzt werden. Scharfenberg betonte die Notwendigkeit, den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt mehr für den sozialen Ausgleich zu nutzen; für die Potsdamer Mitte sei immer Geld da.

Trotz aller Erfolge linker Finanzpolitik blieb abschließend die Frage nach der meist gegenteiligen öffentlichen Wahrnehmung offen.

Alexander Frehse
Kreisschatzmeister



„Gemeinsam Integration stärken“

Erfolgreiches „Afrika-Festival“ am 16. Juni in der Landeshauptstadt

Die afrikanische Community hat in Potsdam am 16. Juni 2012, von 12.00 bis 21.00 Uhr, ihren Monat im Zeichen Afrikas mit einem Fest am Brandenburger Tor ausklingen lassen. Das Afrika-Festival sollte bei allen Potsdamerinnen und Potsdamern das Interesse für die Vielfalt der Kulturen des Kontinents Afrika wecken. Bunt und lebensfroh hatte die Community mit Gesang, Tanz und anderen Pro-

grammbeiträgen den Tag gestaltet. Trotz regnerischem Wetter zeigten die Mitwirkenden pure Lebensfreude. Mit dabei eine traditionelle Trommlergruppe, Tanz-Performances, bis hin zum Gospel – eine tolle Stimmung kam über die Bühne. Und am „Rande“: Marktstände mit afrikanischer Kunst, Mode und Stoffe und letztlich leckere afrikanische Speisen und Getränke. Fazit:

Die afrikanische Community in Potsdam zeigte durch die Vorbereitung des Festivals und durch das Fest selbst ihre feste Zuge-

hörigkeit zur Stadtgesellschaft Potsdams. Zu den Unterstützern des Festes gehörte auch DIE LINKE.Potsdam.



Hatte den Bob Marley im Blut: MC Khaki (r.).



Der „eggman“ – die Eier haben wir nicht gezählt...

Zünftiges Kinderfest auf dem Weberplatz

Am 02. Juni 2012 fand auf dem Babelsberger Weberplatz das Kinderfest der Potsdamer LINKEN statt. Trotz schlechter Vorhersage war das Wetter auf unserer Seite. Um 14.00 Uhr wurde das Fest eröffnet. Allerdings wirkte der Platz zu diesem Zeitpunkt recht menschenleer. Jedoch trudelten nach und nach immer mehr Besucher ein, so dass nach ca. einer Stunde die Veranstaltung mit Leben erfüllt war. Es war ein buntes Programm für Groß und Klein. Die Kinder konnten sich kaum von der Hüpfburg des Stadt-Jugend-Rings losreißen. Aber auch der SVB 03 hatte viele sportliche Spiele im Gepäck. So konnten die Kinder einen Parcours bestreiten, bei dem sie auf kleinen Plastiktopfen im Slalom rannten

oder auf ungewöhnlichen Fortbewegungsmitteln ihr Geschick zeigten. Auch das Büchsenwerfen des Anti-AKW-Bündnisses wurde ständig belagert. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgten die Potsdamer Bands „Krogmann“ und „TNT“. Die Gäste wurden mit Kaffee und selbstgebackenem Kuchen, Bratwurst und Getränken, mit geringem „Portemonnaiebefall“ versorgt. Im Laufe des Nachmittags konnten sich die Festbesucher mit Fragen an den Stadtverordneten Stefan Wollenberg und das Landesvorstandsmitglied Alexander Frehse wenden. Auf dem Platz tummelten sich beständig ca. 150 große und kleine Menschen, so dass wir ohne weiteres von einer erfolgreichen Veranstaltung sprechen können. Um 18.00 Uhr beendeten wir das Fest nach den Klängen von „easy like sunday morning“ und verabschiedeten unsere Gäste in den Abend. Wir möchten uns bei allen Aktiven des Ortsverbandes Babelsberg/Zentrum Ost und des Kreisvorstandes bedanken, die dieses Fest möglich gemacht haben, sei es durch Kuchen backen oder Standbetreuung. Auch den Vereinen und Verbänden, wie SJR, SVB 03, § 13 und dem Anti-AKW-Bündnis schulden wir Dank.

Michél Berlin
Raico Rummel
(Ortsvorstand Babelsberg/Zentrum Ost)



„Aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“

Die 19. Brandenburgische Seniorenwoche fand vom 17. bis 24. Juni 2012 in Potsdam statt. Die Woche stand in diesem Jahr unter dem Motto „Alt werden in Brandenburg - aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“. Ziel der Seniorenwoche ist die Förderung des seniorenpolitischen und bürgerschaftlichen Engagements bei den älteren Bürgern der Landeshauptstadt.

Obwohl der Altersdurchschnitt in der Landeshauptstadt Potsdam langsamer steigt als in anderen Städten, kann sie sich dem allgemeinen Trend nicht entziehen: Rund ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner ist älter als 60 Jahre. Auch in diesem Jahr gab es anlässlich der Seniorenwoche viele interessante Veranstaltungen. Dazu gehörten als Highlights sowohl das Eröffnungskonzert im Nikolaissaal und eine Dampferfahrt als auch das Abschlusskonzert. Aber auch viele weitere Veranstaltungen sollten nicht nur das Miteinander der Senioren und deren Organisationen mit den gesellschaftlichen Gremien der Stadt fördern, sondern auch Freude an Geselligkeit und Sport vermitteln. Vorab lief am Freitag, 8. Juni, ab 10 Uhr, eine Pots-

damer Informationsveranstaltung im Stern-Center über seniorengerechte Angebote für Pflege, Freizeit ect., auf der auch die AG Seniorenpolitik der LINKEN traditionell vertreten war (Foto).

Dank an Hella Drohla

Liebe Hella, ich will Dir nochmal herzlich danken für Deine gute Idee und die Organisation der Wanderung zum Männertag im Naturpark Nuthe-Nieplitz. Die gute Teilnahme hat doch großes Interesse widergespiegelt. Unsere Naturparke brauchen wachsende Akzeptanz und Unterstützung. Ich finde, Gastgewerbe und Kleinproduzenten regionaler Produkte sind schon sehr gut vernetzt und werden gut beworben. Und was uns das Wichtigste ist: Es sind vorbildliche Orte für unsere Kinder, um Natur zu erleben und eine Menge zu lernen.

Also, hab' Dank! Deine Umweltministerin.
Herzliche Grüße
Anita

Sudoku

	4			8	7			
8		9			2			7
	3		1					
	2	8						3
5			8		1			2
1						9	7	
					9		6	
7			4			1		9
			7	2				8

9	4	3	6	8	2	5	1	7
7	8	1	5	4	9	3	6	2
6	5	2	3	7	1	4	9	8
1	3	5	4	2	7	6	8	9
4	6	8	9	1	3	7	2	5
2	9	7	8	5	6	1	4	3
3	7	4	2	6	8	9	5	1
8	1	6	7	9	5	2	3	4
5	2	9	1	3	4	8	7	6

Auflösung Juni



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 02.07.2012, 18.00 Uhr: Umwelt- und Verbraucherschutzpolitisches Gespräch. Veranstaltung von dielinke.SDS Potsdam im Rahmen des Stupa-Wahlkampfes: Umwelt- und Verbraucherschutzpolitisches Gespräch mit Anita Tack, Ministerin für Umwelt- und Verbraucherschutz, Golm, Haus 25.001. **

Dienstag, 03.07.2012, 18.00 Uhr: Universität Potsdam, Potsdam. KULTUR & MEDIEN | Film Sowjetische

Avantgarde „Mutter“ (1926). Vortragsreihe mit Filmvorführung. **

Dienstag, 10.07.2012, 18.00 Uhr: Filmmuseum Potsdam, Potsdam. KULTUR & MEDIEN | Film Sowjetische Avantgarde „Vierzig Herzen“ (1931). Vortragsreihe mit Filmvorführung **

Freitag, 20.07.2012, 07.00 Uhr: „Rosen in Sangerhausen und der Kyffhäuser“ - eine interessante Busfahrt zur Rosenblüte nach Sangerhausen

und einem Besuch auf dem Kyffhäuser. Programm: Fahrt nach Sangerhausen; Besichtigung Europa-Rosarium mit Führung; Rundfahrt durch das Kyffhäuser Gebirge; Auffahrt zum Kyffhäuser Denkmal mit Besichtigung Abfahrt: 07.00 Uhr Bushaltestelle Zentrum-Ost; 07.10 Uhr Potsdam Hauptbahnhof, Fernbussteig. Anmeldung: Seniorenfreizeitstätte der Dahlweid Stiftung *

Montag, 23.07.2012, 14.30 Uhr: „Mallorca - Insel der Traditionen und Kontraste“. Eine Video-Reise mit Karl Kreuz. Wir besuchen „Mallorca die spanische Insel der deutschen Touristen im Mittelmeer.“ *

Montag, 30.07.2012, 14.30 Uhr: Im Gespräch mit dem Stadtverordneten Pete Heuer „New York - Beobachtungen zwischen zwei Jahrzehnten“ und „In Potsdam zu Hause - Potsdam ist unbezahlbar“.*

Dienstag, 31.07.2012, 14.30 Uhr: „Sommer - Sonne - Lebensfreude - und alte Melodien ...“ Sommerfest mit den schönsten Schlagermelodien aus vergangenen Jahrzehnten mit Gerald Meister.*

* Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisonallee 11, Zentrum-Ost

** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53, Potsdam